

V-03-001: Zukunftsfähiger Hochschulstandort NRW

Antragsteller*innen Julia Eisentraut

Titel

Ändern in:

Für eine starke, gerechte und zukunftsfähige Hochschullandschaft in NRW

Antragstext

Von Zeile 1 bis 101:

~~Der Start in ein wissenschaftliches Studium ist für jede*n Studierende*n eine besondere Lebensphase. Der Wahl der richtigen Hochschule kommt dabei eine besondere Bedeutung zu. Wir wissen das in NRW, denn das Land hat sich den Strukturwandel von der „Industriegesellschaft“ zur „Informationsgesellschaft“ bereits vor langer Zeit auf die Agenda geschrieben.~~

Nordrhein-Westfalen steht vor einer hochschulpolitischen Richtungsentscheidung. Das zeigen auch die Proteste von Studierenden und Beschäftigten in den vergangenen Wochen. Während gesellschaftliche Herausforderungen wie Klimakrise und Fachkräftemangel zunehmen und sich die Gesellschaft wandelt, etwa durch Digitalisierung, braucht es eine Wissenschaftspolitik, die Hochschulen als Orte gesellschaftlicher Innovation bestmöglich unterstützt. Außerdem dürfen sich Hochschulen nicht darauf beschränken den Wandel in der Gesellschaft anzustoßen und zu begleiten, sie müssen sich auch selbst weiterentwickeln, um innovativ zu bleiben.

Verlässliche Finanzierung in schwierigen Zeiten

Trotz angespannter Haushaltslage steigt die Grundfinanzierung der Hochschulen 2026 um fast 380 Millionen Euro auf insgesamt 5,27 Milliarden Euro. Das ist ein klares Bekenntnis zu Bildung und Wissenschaft. Gleichzeitig leisten die Hochschulen einen Konsolidierungsbeitrag von 120 Millionen Euro, um den Landeshaushalt zu stabilisieren. Dieser Beitrag wird mit dem Aufwuchs verrechnet – es handelt sich also nicht um Kürzungen, sondern um eine moderate Reduktion des Zuwachses. Wir wissen: Diese Maßnahme ist herausfordernd. Sie verlangt von den Hochschulen, umsichtig zu planen und Rücklagen gezielt einzusetzen. Landesweit standen Ende 2024

rund 1,2 Milliarden Euro an nicht abgerufenen Selbstbewirtschaftungsmitteln zur Verfügung. Viele Hochschulen verfügen über weitere eigene Rücklagen – Spielraum, der soziale Härten abfedern kann. Dennoch braucht es politische Wachsamkeit, damit Qualität, Chancengerechtigkeit und Innovationskraft nicht unter Druck geraten.

Hochschulen als Zukunftstreiber – mit öffentlicher Verantwortung

Hochschulen sind mehr als Ausbildungsstätten. Sie sind Orte der Reflexion, des Transfers und des gesellschaftlichen Wandels. Ob bei der Entwicklung klimafreundlicher Technologien, der Gestaltung digitaler Infrastrukturen oder der Qualifizierung von Fachkräften – sie leisten zentrale Beiträge zur Zukunftsfähigkeit unseres Landes. Gerade deshalb braucht es verlässliche öffentliche Rahmenbedingungen. Wissenschaft darf nicht von Drittmitteln abhängig sein. Planungssicherheit, gute Arbeitsbedingungen und eine nachhaltige Grundfinanzierung sind die Basis für exzellente Lehre und Forschung – und für eine gerechte Hochschullandschaft, die allen offensteht. Wir setzen uns dafür ein, dass zukünftig öffentliche Förderung mehr in die Grundfinanzierung geht und weniger in Projektmittel .

Kooperation statt Konkurrenz

Wir setzen auf Kooperation statt Konkurrenz: durch gemeinsame Infrastrukturen der Hochschulen, untereinander abgestimmte Studiengänge und eine gemeinsame effiziente Ressourcennutzung in der Wissenschaft. Wissenschaftspolitik muss die Vielfalt der Standorte ernst nehmen – und gleichzeitig auf Synergien und regionale Vernetzung setzen. Das stärkt nicht nur die Hochschulen selbst, sondern auch die Regionen, in denen sie wirken.

Vor dem Hintergrund sinkender Studierendenzahlen müssen Studienangebote an einzelnen Standorten kritisch überprüft werden. Doppelstrukturen vor allem großer Studiengänge innerhalb von Regionen, die zu Überangeboten führen, sollten abgebaut werden, ohne dabei die regionale Bildungsbeteiligung zu gefährden oder kleine Fächer zu schließen. Gerade für Studierende sind die Garantien, ihr Studium am jeweiligen Standort abschließen zu können und Studiengänge auslaufen zu lassen statt sie von heute auf morgen zu schließen, zentral. Hochschulpolitik braucht hier Augenmaß und Dialogbereitschaft.

Machtstrukturen hinterfragen – Mitbestimmung stärken

Die Machtstrukturen an den Hochschulen dürfen nicht so bleiben, wie sie sind. Dass Professor*innen bei Entscheidungsprozessen in hohem Maße andere Statusgruppen übergehen können, ist nicht mehr zeitgemäß. Alle Statusgruppen – wissenschaftliche Mitarbeitende, Technik und Verwaltung, Studierende – tragen zum Gelingen der

Hochschulen bei und verdienen echte Mitbestimmung auf Augenhöhe. Dazu bedarf es auch Korrekturen im Verhältnis von Rektorat, Hochschulrat und Senat. Letzteren wollen wir spürbar stärken und auf diesem Wege Hochschulen transparenter und partizipativer machen.

Auch das Lehrstuhl-Modell ist ein Relikt, das überwunden werden muss. Moderne Departmentstrukturen lösen nicht nur Probleme um Macht und Machtmissbrauch, sie ermöglichen auch neue Karrierewege unterhalb der Professur. Deshalb unterstützen wir Hochschulen dabei, auf Departmentstrukturen umzustellen.

Gute Arbeit an Hochschulen – auch für studentische Beschäftigte

Die letzte Verhandlungsrunde zum Tarifvertrag der Länder (TV-L) hat Verbesserungen für studentische Beschäftigte gebracht. Wir begrüßen diese Schritte ausdrücklich – und setzen uns weiterhin dafür ein, dass studentische Beschäftigte in den Tarifvertrag aufgenommen werden. Gute Lehre und Forschung setzen faire Arbeitsbedingungen für alle Beschäftigtengruppen voraus.

Daueraufgaben brauchen Dauerstellen. Befristungen im wissenschaftlichen Mittelbau sind auf den Stellen in Ordnung, auf denen es im Wesentlichen um die akademische Qualifikation geht. Wer jedoch Aufgaben erledigt, die dauerhaft in Forschung, Lehre, Verwaltung oder Infrastruktur anfallen, hat auch eine dauerhafte Stelle verdient. Wir unterstützen neue Karrierewege unterhalb der Professur und im Bereich des Wissenschaftsmanagement.

Soziale Verantwortung der Hochschulen

Ein erfolgreiches Studium soll für alle möglich sein. Wir setzen uns für gezielte Programme ein, die den Zugang zu Hochschulen für Menschen ohne akademischen Familienhintergrund, mit internationaler Zuwanderungsgeschichte oder mit Behinderung oder chronischer Erkrankung erleichtern – durch bessere Beratung für Studieninteressierte und finanzielle Unterstützung. Wir setzen uns dafür ein, dass Hochschulen barrierefrei sind und die Studierenden (wie auch die Beschäftigten) dort unterstützen, wo sie Bedarfe haben.

Langfristige Perspektiven sichern – resilientes Wissenschaftssystem

Unser Ziel bleibt eine nachhaltige und verlässliche Grundfinanzierung, die Hochschulen unabhängig von Drittmitteln macht und ihnen echte Planungssicherheit gibt. Dafür braucht es einen klaren politischen Kurs – jenseits kurzfristiger Sparlogiken.

Wir stehen für eine Wissenschaftspolitik, die Haltung zeigt, Dialog fördert und Perspektiven schafft – für Studierende, Lehrende, Forschende und die Gesellschaft als Ganzes. Wir wollen zu einem resilienten Wissenschaftssystem kommen, das ökonomische

Krisen und gesellschaftliche Veränderungen besser bewältigen und für die Gesellschaft begleiten kann, das internationalen Spannungen und Konflikten mit Aufklärung und einer klaren Haltung begegnet und das einer vielfältigen und integrativen Gesellschaft entspricht, die sich selbstverständlich stets im Wandel befindet.

~~Eine exzellente, innovative und wettbewerbsfähige Hochschulbildung ist zur Erfüllung dieser Aufgabe unerlässlich. Unsere Hochschulen dabei zu unterstützen, muss dabei unser klares Ziel sein, besonders in der aktuellen politischen Lage. Eine starke und gerechte Hochschullandschaft ist die Grundlage für eine zukunftsfähige, demokratische und nachhaltige Gesellschaft. Nordrhein-Westfalen ist das bevölkerungsreichste Bundesland und beherbergt ein vielfältiges Wissenschaftssystem, auf das wir stolz sein können.~~

~~Gleichzeitig stehen die Hochschulen in NRW vor einer tiefen Krise: während die bestehenden Finanzierungsstrukturen schon jetzt nicht ausreichen um Lehre, Forschung und Studium auf einem qualitativ hochwertigen Niveau zu sichern, drohen zusätzliche erhebliche Kürzungen im Hochschulhaushalt. Darüber hinaus sind die Rahmenbedingungen für private, staatlich anerkannte Hochschulen in Nordrhein-Westfalen unzureichend: Diese Hochschulen leisten wertvolle Beiträge zur Diversität der Bildungslandschaft, müssen aber mit ungleichen Wettbewerbsbedingungen im Verhältnis zu anderen Bundesländern arbeiten. Damit wird eine zukunftsorientierte Hochschulpolitik verhindert, die Chancengerechtigkeit, Qualität und Innovation für alle verbindet.~~

~~Staatliche wie private (staatlich anerkannte) Hochschulen in NRW in der Krise~~

~~Die staatlichen Hochschulen in NRW stehen vor einer spürbaren Unterfinanzierung: Ab dem Haushaltsjahr 2026 sind Kürzungen der Grundfinanzierung in einer Größenordnung von jährlich rund 150 Mio. Euro in Aussicht. Zehn NRW-Universitäten haben bereits in einem gemeinsamen Senatsbeschluss deutlich gemacht, dass solche Einschnitte die Leistungsfähigkeit in Lehre, Forschung und Transfer nachhaltig gefährden würden. Zugleich bleiben Fixkosten — für Gebäude, Energie, Mieten und Infrastruktur — hoch und kaum beeinflussbar. Der Handlungsspielraum schrumpft damit faktisch auf Personal- und Angebotskürzungen zusammen. Schon heute zählt NRW im Bundesvergleich zu den Ländern mit ungünstigen Betreuungsrelationen; weitere Einschnitte würden diese Lage verschärfen und unmittelbare Folgen für Studienqualität, Studienerfolg und die Attraktivität des Standorts nach sich ziehen.~~

~~Die privaten, staatlich anerkannten Hochschulen geraten ebenso unter Druck. Sie tragen mit zusätzlichen, häufig praxisnahen, dualen oder berufsbegleitenden Studienangeboten maßgeblich zur Vielfalt des Systems bei, operieren in NRW jedoch unter Rahmenbedingungen, die im Ländervergleich weniger attraktiv und flexibel sind. Die Folge ist, dass Neugründungen privater Hochschulen gegenwärtig ausschließlich in anderen Bundesländern stattfinden und bestehende Einrichtungen aus NRW abwandern — ein schleichender Substanzverlust, der Vielfalt, Profilbildung und Wettbewerbsfähigkeit~~

mindert.

Aus dieser doppelten Krise — der finanziellen Enge bei staatlichen Hochschulen und den strukturellen Hemmnissen für private, staatlich anerkannte Hochschulen — erwächst die Notwendigkeit eines hochschulpolitischen Aufbruchs. Es braucht jetzt den Wechsel von Kürzungslogiken und veralteten Vorgaben hin zu verlässlichen, wettbewerbsfähigen und zukunftsorientierten Rahmenbedingungen, damit Qualität, Chancengerechtigkeit und Innovation in NRW nicht weiter erodieren, sondern wieder sichtbar wachsen können.

Innovative Hochschulbildung ist ein Wirtschaftsfaktor

Hochschulen prägen nicht nur die wissenschaftliche Entwicklung, sondern sind auch als Wirtschaftsfaktor von erheblicher Bedeutung für den Standort NRW. Sie sichern qualifizierte Beschäftigung, generieren regionale Wertschöpfung durch Beschaffung, Bau- und Sanierungsprojekte sowie Dienstleistungen und schaffen ein attraktives Umfeld für Fachkräfte. Gerade im Zusammenwirken von Hochschulen und Wirtschaft entsteht ein starker Motor für Innovation und Wissenstransfer: Forschungsergebnisse fließen in Produkte, Dienstleistungen und Prozesse ein; Start-ups und Ausgründungen gehen aus Laboren und Projekten hervor; Kooperationen mit dem Mittelstand beschleunigen die Anwendung neuer Technologien in der Breite. Duales und weiterbildendes Studium, gemeinsame Forschungs- und Entwicklungsvorhaben, Transferstellen und Reallabore verbinden akademische Exzellenz mit unternehmerischer Praxis. So stärkt die Zusammenarbeit die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen, eröffnet neue Beschäftigungsperspektiven für Absolvent*innen und verankert Innovationsdynamik dauerhaft in den Regionen. Private staatlich anerkannte Hochschulen sind zudem selbst Bildungsunternehmen, die erhebliche Investitionen durch Kapitalgeber ins Land bringen oder halten.

Vor diesem Hintergrund wären Kürzungen, Abwanderungen von Hochschulen in andere Bundesländer und jede Einschränkung der Wettbewerbsfähigkeit ein direkter Schaden für NRW. Sie gefährden die Ausbildung des akademischen Nachwuchses, Investitionen, gute Arbeit und die Innovationsfähigkeit des Landes. Solche Entwicklungen sind konsequent zu verhindern. Stattdessen ist die Hochschullandschaft gezielt zu stärken — durch eine verbesserte Hochschulpolitik, die Verlässlichkeit herstellt, Kooperationen mit der Wirtschaft ausbaut und die Rahmenbedingungen so gestaltet, dass Talente, Investitionen, Forschung und Transfer in Nordrhein-Westfalen bleiben und wachsen.

Für eine zukunftsfähige Hochschulbildung in NRW

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN NRW stehen für einen entschiedenen hochschulpolitischen Aufbruch, der Klarheit in Ziel und Weg verbindet. Wir treten daher ein für eine planbare, mehrjährige Investitionsstrategie, die Qualität in Studium und Lehre absichert, Forschung stärkt und die notwendige Infrastruktur für alle Hochschulen in NRW modernisiert. Finanzielle Verlässlichkeit ist die Voraussetzung dafür, Betreuungsrelationen spürbar zu verbessern, Studienerfolg zu erhöhen und Profilbildung zu ermöglichen — nicht als

~~Ausnahme, sondern als Regelfall an allen Hochschulstandorten.~~

~~Ein weiterer Pfeiler ist die Stärkung der privaten, staatlich anerkannten Hochschulen.~~

~~Rechtssichere und wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen — ohne überzogene Auflagen~~

~~— ermöglichen, dass ihre besonderen Stärken in Angebotsvielfalt, Praxisnähe und~~

~~Weiterbildung vollständig wirksam werden. So ergänzen sie die staatliche~~

~~Hochschullandschaft, binden Talente an NRW und tragen dazu bei, dass neue~~

~~Studienangebote, Forschungsvorhaben und Gründungen im Land entstehen und~~

~~Investitionen im Land bleiben.~~

~~Dieser politische Aufbruch setzt auf Wirkung vor Ort: Forschungsergebnisse gelangen~~

~~schneller vom Campus in Betriebe und Verwaltungen, regionale Innovationsökosysteme~~

~~werden robuster, die Zusammenarbeit mit Mittelstand und Start-ups gewinnt an Breite.~~

~~Talente entscheiden sich für NRW, neue Unternehmen entstehen, qualifizierte~~

~~Beschäftigung wächst. So entwickelt sich der Hochschulstandort Nordrhein-Westfalen~~

~~dauerhaft leistungsfähig, gerecht und nachhaltig — in staatlicher Trägerschaft ebenso wie~~

~~an staatlich anerkannten privaten Hochschulen.~~

Unterstützer*innen

Sabrina Grübener (KV Heinsberg), Luca Chapelle (KV Aachen), Wibke Brems (KV Gütersloh), Hanna Hüwe (KV Coesfeld), Rebecca Taubach (KV Köln), Dominic Hallau (KV Bielefeld), Sabrina Buurmann (KV Köln), Rolf Kerkhoff (KV Borken), Natascha Barz (KV Lippe), Laura Kraft (KV Siegen-Wittgenstein), Claudia Stolz (KV Lippe), Jörg Balcke-ONEill (KV Wuppertal), Dennis Nawrot (KV Gelsenkirchen), Fabian Müller (KV Münster), Franka Bechatzek (KV Coesfeld), Gerrit Pape (KV Paderborn)